



Pressemitteilung Nummer: 0183 Datum: 15.04.2016

Pressemitteilung zum ersten Tag der Klausur des Esslinger Gemeinderates vom 15. April

Gemeinderatsklausur behandelt aktuelle Themen der Esslinger Kommunalpolitik

Aktuelle Themen der Esslinger Kommunalpolitik standen im Mittelpunkt der diesjährigen Klausurtagung des Esslinger Gemeinderates am 15./ 16. April in Bad Boll. Themen des ersten Klausurtages am 15. April waren ein Zwischenbericht zur Strategischen Haushaltskonsolidierung, die mittel- und langfristige „Stadtteilentwicklung von Berkheim“, die „Entwicklung der Esslinger Bäderlandschaft“ das „Brückenkonzept“ und ein mittelfristiges Gesamtkonzept zur „Sanierung und Instandsetzung der Esslinger Burg“..

Strategische Haushaltskonsolidierung biegt auf die Zielgerade ein

Noch vor der Sommerpause dieses Jahres wird das Projekt abgeschlossen. Ziel des Projekts ist es das für 2020 berechnete strukturelle Defizit von 9,1 Mio. Euro jährlich und nachhaltig auf eine Schwarze Null zu reduzieren. Die Stadtverwaltung arbeitet derzeit in zahlreichen Workshops an dieser Zielvorgabe des Gemeinderats. Über 100 „große“ und „kleine“ Konsolidierungsvorschläge werden es am Ende sein, die dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit in einem Paket im Juni vorgestellt werden.

Nach derzeitigem Stand haben die Konsolidierungsvorschläge, die sich noch im verwaltungsinternen Abstimmungsprozess befinden, ein Volumen von 7,7 Mio. Euro. Zum hoch gesteckten Ziel fehlen also noch rund 1,4 Mio. Euro, die in den nächsten Wochen noch identifiziert werden.

Stadtteilentwicklungskonzept Berkheim vorgestellt

Das gemeinsam vom Bürgerausschuss und der Stadtverwaltung erarbeitete Stadtteilentwicklungskonzept für Berkheim enthält Strategien und Maßnahmen, mit denen der Stadtteil seine aktuellen und künftigen Herausforderungen positiv gestaltend bewältigen kann. Eine der anspruchsvollsten Aufgaben ist die Sicherung einer guten Nahversorgung mit Lebensmitteln. Langfristig ist zu erwarten, dass der heutige Markt im Zentrum Berkheims an der Brunnenstraße mit lediglich 450 qm Verkaufsfläche und anderen einschränkenden Rahmenbedingungen wirtschaftlich gefährdet ist. Im Stadtteilentwicklungskonzept werden die Erweiterungsmöglichkeiten am heutigen Standort und deren Voraussetzungen beleuchtet. Im bestehenden Gebäude ist eine Vergrößerung der Verkaufsfläche auf heute übliche Standards mit erheblichen Eingriffen und zusätzlichen Anbauten verbunden, was die Mitwirkung der betroffenen Eigentümer voraussetzt. Alternativstandorte in der Ortsmitte und beim Freibad werden beleuchtet und zeigen immerhin weitere Handlungsoptionen auf. Favorisiert wird der Standort am Freibad bei der Nahversorgung für den Fall, dass sich eine Stärkung und Erweiterung im Zentrum Berkheims nicht realisieren lassen sollte.

Im Beteiligungsverfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans kam aus Berkheim der Vorschlag, die in der Stadt dringend benötigten Gewerbeflächen entlang der L 1192 gegenüber dem Gewerbegebiet Nellings vorzusehen. Das im Osten Berkheims vorhandene Gewerbegebiet hingegen könnte künftig über eine veränderte Führung des oberen Hofwegs direkt angeschlossen werden. Damit wären die Voraussetzungen gegeben, Berkheim vom gewerblichen und vom Durchgangsschleichverkehr sehr deutlich zu entlasten.

Mit der Ausweisung des Gewerbegebiets an der L 1192 besteht die Notwendigkeit und Chance, eine umfassende Neustrukturierung und Aufwertung der Freiflächen südlich und östlich Berkheims vorzunehmen mit dem Ziel, neben der landwirtschaftlichen Nutzung die Qualität als Erholungs- und Bewegungsraum deutlich zu verbessern. Das Entwicklungskonzept nennt Rad-, Fußwege, Bewegungsräume, Eingrünungen und auch Vernetzungen mit den Freiräumen der Nachbargemeinden.

Für den Fall, dass das Hallen- und Freibad Berkheim aufgegeben würde, würde sich ein Teil der Fläche für Wohnungsbau anbieten. Das Stadtteilentwicklungskonzept nennt für diesen Fall Vorgaben, die, neben den Rahmenbedingungen für neuen Wohnraum, Vorschläge für den Umgang mit dem teils wertvollen Baumbestand und für die Nutzung der übrigen Freifläche beinhalten.

Konzept zum nachhaltigen Bäderbetrieb

Die Stadtwerke Esslingen GmbH als Betreiberin der Esslinger Bäder haben dem Gemeinderat drei tragfähige, zukunftsorientierte und finanzierbare Varianten für die Zukunft der Esslinger Bäder vorgestellt. Alle drei Varianten sehen nach der Vorstellung von SWE- Geschäftsführer Thomas Isele in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen in die Bäder der Stadt Esslingen vor. Konkret sind Investitionen je nach Variante zwischen 14,9 und 17,1 Mio. Euro geplant.

Deutlicher weichen in den Varianten die Kosten für die Aufrechterhaltung des Betrieb der Esslinger Bäder voneinander ab. Die teuerste Variante sieht eine Sanierung aller drei Bäderstandorte im Bestand vor. Wesentlich kostengünstiger ist die Variante, die zwar die Schließung des Hallen- und Freibads Berkheim vorsieht, die jedoch auf ein neues Hallenbad am Standort des Neckarfreibades zielt. Im Vergleich zum Ist-Zustand weist diese Variante unterm Strich eine um rund 300 qm größere Wasserfläche in ganzjährig nutzbaren Hallenbädern aus. Und sie hätte auch große Vorteile für den Schwimmsport in Esslingen insgesamt.

Die Vorstellung der Varianten auf der Klausur des Gemeinderats war nur ein erster Auftakt vor der Entscheidung über die Zukunft der Esslinger Bäder. Im Weiteren soll der Bedarf der Schulen und Vereine noch stärker konkretisiert und das Konzept mit den Beteiligten besprochen werden. Eine endgültige Entscheidung soll zeitnah erfolgen.

Brückenkonzept

Das Tiefbauamt stellte dem Gemeinderat in der Klausur eine gemeinsame Studie mit dem Büro Drees & Sommer vor, in der insbesondere die großen drei Neckarbrücken untersucht werden: Die Hanns-Martin-Schleyer-Brücke, die Vogelsangbrücke und die Konrad-Adenauer-Brücke. Die Sanierung der Dieter-Roser-Brücke ist bereits erfolgt. In die finanzielle Betrachtung werden auch die Sanierungen der Pliensaubücke und der sich in der Planungsphase befindliche Augustinerbrücke mit aufgenommen.

Der technische Zustand der Esslinger Straßenbrücken über den Neckar stellt insbesondere auf Grund der bereits eingesetzten Spannungsrissskorrosion ein großes Risiko dar. Eine längerfristige Sanierung ist nach dem Ergebnis mit vertretbarem Aufwand nicht möglich und daher wirtschaftlich nicht sinnvoll. Stattdessen ist laut Untersuchungsergebnissen ein Neubau der Brücken erforderlich. Ein Ersatzneubau der drei Brücken (Hanns-Martin-Schleyer-Brücke, Vogelsangbrücke und Konrad-Adenauer-Brücke) in ihrer jetzigen Größe und mit den derzeit vorhandenen Fahrstreifen würde Baukosten von mehr als 100 Millionen Euro erforderlich machen. Um die finanzielle Belastung zu senken, wurden reduzierte Standards eingehend geprüft.

Auf Grund der erfolgten Abwägung von technischen, verkehrlichen, finanziellen und weiteren Kriterien wird eine Variante bevorzugt, die die Hanns-Martin-Schleyer-Brücke sowie die Konrad-Adenauer-Brücke als Neubauten in reduzierter Form vorsieht und die Vogelsangbrücke als Neubau mit unveränderter Anzahl an Fahrstreifen. Das vorläufige Konzept sieht einen Ersatzneubau der Hanns-Martin-Schleyer-Brücke ab 2020 vor. Die Vogelsangbrücke und die Konrad-Adenauer-Brücke sollen dann bis 2029 ebenfalls erneuert sein. Hierzu sind jedoch noch weitere verkehrliche Detailuntersuchungen erforderlich. Parallel dazu werden auch unterschiedliche Finanzierungsmodelle und Fördermöglichkeiten untersucht. Um das Sanierungskonzept umzusetzen, müsste die Finanzierung eines von derzeit 2 Mio € auf dann 8 Mio € pro Jahr vervierfachen Budgets für die Sanierung der Brücken gefunden werden. Die Finanzierung ist derzeit noch völlig offen und würde das strukturelle Defizit im städtischen Haushalt deutlich erhöhen.

Esslinger Burg rückt in den Fokus

Finanzbürgermeister Ingo Rust präsentierte dem Gemeinderat ein umfassendes Sanierungs- und Instandhaltungskonzept für die Esslinger Burg. Insgesamt sind bis 2029 Investitionen von 2,6 Mio. Euro geplant. Im Durchschnitt sollen so rund 185.000 Euro jährlich in den Erhalt des Esslinger Wahrzeichens fließen. Schritt für Schritt, so der Vorschlag der Verwaltung, sollen alle Bauwerke auf der Esslinger Burg saniert werden. Schon in diesem Jahr sollen erste Schritte zur Sanierung der Verbindungsmauer zwischen Burgschenke und Melac-Häuschen begonnen werden. 2017 ist dann die Mauer zwischen Pulverturm und Dicker Turm an der Reihe.

Die Erhaltung der Gebäudesubstanz auf der Esslinger Burg ist eine gesetzlich vorgeschriebene Pflichtaufgabe der Stadt. Anders verhält es sich mit dem Dicken Turm, der seit 2011 aus brandschutzrechtlichen Gründen geschlossen ist. Die Innensanierung des Dicken Turms wäre eine Freiwilligkeitsleistung, welche die Stadt aufgrund ihrer Finanzlage auf lange Sicht nicht finanzieren kann. Umso erfreulicher ist es deshalb aus Sicht der Verwaltung und des Gemeinderats, dass sich mit dem Burgverein und den Turmwächtern zwei Organisationen der Bürgergesellschaft für die Sanierung des Dicken Turm engagieren. Beide Gruppierungen haben bereits damit begonnen Spenden für den Dicken Turm zu sammeln und ihre Aktivitäten gebündelt

Die Verwaltung sieht vor, dass der Dicke Turm in vier getrennten Bauabschnitten saniert wird. Im ersten Bauabschnitt soll die Burgstube im zweiten Obergeschoss des Dicken Turms wieder nutzbar und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Knapp 600.000 Euro müssen hierfür investiert werden. Bis zur Realisierung aller vier Bauabschnitte müssen Gelder von rund 2,4 Mio. Euro akquiriert werden. Dabei setzt die Stadt Esslingen weiterhin auf die Unterstützung durch die Denkmalstiftung, den Esslinger Burgverein sowie Turmwächter und Dritte. Der Gemeinderat wird das Sanierungs- und Instandsetzungskonzept für die Esslinger

Burg Ende April in den Fachausschüssen nicht-öffentlich beraten. Am 2. Mai wird der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung über das Konzept debattieren und entscheiden.

Alle diese Themen wurden in der jüngsten Gemeinderatsklausur erstmals von Fachleuten der Stadtverwaltung bzw. der Stadtwerke Esslingen GmbH vorgestellt. „Die Themen stehen erst am Anfang der jeweiligen politischen Meinungsbildung in den Fraktionen und Gruppen des Gemeinderates, müssen jetzt zunächst mit den Betroffenen und mit den Bürgerausschüssen besprochen, danach inhaltlich weiter ausgestaltet werden. Erst dann sind abschließende Beratungen in den Fachausschüssen und im Gesamtgemeinderat möglich“, machen OB Dr. Jürgen Zieger wie die Gemeinderatsvertreter in einer gemeinsamen Pressemitteilung deutlich.

Gez. Roland Karpentier
Pressereferent

Dokument wurde veröffentlicht

im Web am:

per Fax am:

per Mail am: 15.04.2016

gelöscht aus Web
am: